

**ZUM PROBLEM DER ANALYSE BERLINS UND SEINES BRANDENBURGER  
UMLANDES ALS EIN BESONDERES VERFLECHTUNGSGEBIET IM  
OST-WEST-KONFLIKT**

**Michael Lemke**

Im ZZF Potsdam wird seit geraumer Zeit ein Forschungsprojekt diskutiert und vorbereitet, das Berlin und sein Brandenburger Umland als „besonderes Territorium“ des Ost-West-Konfliktes (1948 bis 1971) behandeln wird. Dieses umfassende Thema ist bislang kaum systematisch untersucht worden. Zeitgeschichtliche Arbeiten haben sich vor allem mit der Berlin-Frage als internationalem Problem (u. a. Herzfeld 1973; Prowe 1973; Lemke 1995), mit deren Einfluß auf die deutsche Frage (z. B. Mahneke 1973; Wetzlaugk 1985) und mit dem Rechtsstatus der Stadt (u. a. Riklin 1964; Zivier 1977) beschäftigt. Andere Darstellungen behandeln die Entwicklung von Gesellschaft und Politik in Berlin nach 1945 (Hurwitz 1983 ff.), oder stellen stadtgeschichtliche Themen unter politischen und kulturellen Aspekten (Ribbe 1986 ff, Schlegelmilch 1993) bzw. diverse Entwicklungsprobleme West-Berlins, vor allem nach 1961, dar.

Die reichhaltige Forschungsliteratur, die das Thema Kalter Krieg und Entspannung direkt oder mittelbar erfaßt, läßt verschiedene Lücken und Defizite erkennen. Zum einen entstanden die älteren, zumeist politikwissenschaftlichen und politikhistorischen Arbeiten unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes, der eine Historisierung von Kaltem Krieg und Entspannung nicht gestattete und Objektivität einschränkte, was insgesamt zu einer starken Hervorhebung der Konfrontation in diesem Raum führte und die Untersuchung von deeskalierenden Momenten stark zurücktreten ließ. Zum anderen beschäftigten sich auch politikgeschichtliche Studien fast ausschließlich mit dem Westteil der Stadt – seltener mit dem ehemaligen Ostsektor. Eine politikgeschichtliche „Zusammenchau“ im Hinblick auf das Thema – vor allem unter dem im Projekt betonten Aspekt innerstädtischer Systemkonkurrenz – fehlte bislang, wenngleich sich Ansätze dafür in neuesten Arbeiten (z. B. Süß/Rytlewski 1999) finden. In der Forschung zur Nachkriegszeit wurde überdies die Entwicklung von Verflechtungsbeziehungen zwischen dem zweigeteilten Berlin und seinem brandenburgischen Umland nicht berücksichtigt. Die Ursachen dafür lagen vor allem in der Betrachtung des Kalten Krieges ausschließlich als Kontinuität politischer Konfrontation. Dabei wurde übersehen, daß er in bestimmten Stadien ein Weiterwirken traditioneller, aber auch aus der Situation nach 1945 heraus entstandener Beziehungen noch zuließ. Hinzu kam allgemein, daß zwar das generelle Verhältnis von Hauptstadt und Umland vor 1945 thematisiert wurde (u. a. Escher 1985; Engeli 1986), aber nicht für die Zeit danach.

Das Vorhaben will auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes und systematischer Quellenarbeit neue Sichtweisen und Fragestellungen in die zeithistorische Forschung über den Ost-West-Konflikt als Einheit von Konfrontation und Entspannung einbringen. Ziel des Projektes ist es, den Erkenntnisstand über das Wechselverhältnis von Kaltem Krieg und Entspannung als internationale und zwischendeutsche Probleme und über deren Spezifika zu erweitern, die sie in und durch Berlin/Brandenburg ausbildeten. Die Analyse soll u. a. herausarbeiten helfen, daß es sich mit beiden Teil-Städten und dem berlinnahen brandenburgischen Umland (nicht Gesamt-Brandenburg) – bei allen Einschränkungen, die sich aus signifikanten separaten Entwicklungen ergaben – in vielem noch um ein Verflechtungsgebiet handelte. Dementsprechende Verflechtungsbeziehungen führten wesentlich zur Herausbildung besonderer Merkmale des Ost-West-Konfliktes, die in Berlin/Brandenburg stärker als anderswo die Züge einer mehrdimensionalen Systemkonkurrenz annahmen. Das wirft die Frage auf, inwiefern Spezifika dieses Konkurrenzverhältnisses sowohl zur Eskalation des Kalten Krieges als auch zu seiner Begrenzung und Deeskalation beitragen und vor allem, wie hier Entspannung praktiziert wurde.

Das geplante Projekt ist vor allem aufgrund seines sowohl die östliche Seite als auch die westliche Seite einschließenden Gegenstandes prädestiniert, zu einer differenzierteren und komplexeren Rekonstruktion und Bewertung der internationalen und doppelt deutschen Nachkriegsgeschichte beizutragen. Denn die konfrontative Systemauseinandersetzung in und um Berlin – insbesondere der Mauerbau – haben mit dazu geführt, daß die deutsche Nachkriegsentwicklung häufig in der Dichotomie einer Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik und einer „Desastergeschichte“ der DDR gesehen wird. Der widersprüchliche Prozeß in Berlin und seinem Brandenburger Umland erscheint besonders geeignet, eine derartige Betrachtungsweise zugunsten einer Geschichte der Verflechtung, Abgrenzung und Interaktionen zu überwinden. Die besondere politische Lage des Territoriums führte zu einer Eskalation verschiedener Ost-West-Gegensätze (Berlin-Krisen), die sich hier häufig „idealtypisch“ entwickelten, begründete aber auch gleichzeitig die Notwendigkeit einer separaten und später gemeinsamen Suche nach Konfliktlösungen und Alternativen zur Konfrontation (Passierscheinregelung, Berlin-Abkommen).

Der Ost-West-Konflikt entwickelte sich im Verflechtungsraum besonders konsequent und scharf, brachte aber gleichzeitig auch ein System von Interaktionen zur allmählichen Überleitung des Kalten Krieges in die Entspannung schneller und intensiver hervor als an jedem anderen Ort des deutschen Sonderkonfliktes. Das schließt die Vermutung ein, daß die Berliner und Brandenburger sowie deren politische Repräsentanten den Kalten Krieg nicht nur besonders intensiv wahrnahmen und durchlebten, sondern auch ein besonderes Interesse an einer politischen Entspannung in und um Berlin besaßen.

Eine so konzipierte, politikgeschichtlich angelegte Analyse trifft auf ein generelles Problem. Denn wie bereits angedeutet, gehen die drei Bearbeiter des geplanten Projektes (Michael Lemke, Matthias Schwartz und Christopher Winkler) von der grundlegenden Hypothese aus, daß es sich mit beiden Teilen Berlins und dem hauptstadtnahen Bereich Brandenburgs bis zum Mauerbau (1961) um ein besonderes Gebiet handelte, das durch einen mehrdimensionalen intensiven Austausch und enge Verflechtungen gekennzeichnet war. Diese Wahrnehmung impliziert freilich die Erkenntnis, daß sich das besondere Verflechtungsgebiet nach 1945 vor allem aus politischen Gründen zugunsten der Teilung Berlins aufzulösen begann und der Separationsprozeß nach 1948 zur Haupttendenz der Entwicklung im Raum wurde.

Wenn dennoch an der angeführten Hypothese festgehalten wird, muß sie plausibel begründet werden. Dabei stellt sich zum einen die Frage, in welchem Verhältnis retardierende und dynamisierende, den Teilungsprozeß abbremsende oder ihn beschleunigende Faktoren, zueinander standen und in welchem Tempo und mit welcher Intensität er in den unterschiedlichen Perioden deutscher Nachkriegsentwicklung verlief. Zum anderen verbindet sich damit das Problem der hinter ihm stehenden Interessenlagen – sowohl der doppelten deutschen als auch der internationalen. Ein bei allen Einschränkungen fortbestehendes Verflechtungsverhältnis unterstellt, daß einerseits das historisch gewachsene System innerstädtischer Korrelation (verwandtschaftliche und zwischenmenschliche Beziehungen, kulturell-sportlicher Austausch, wirtschaftliche und administrative Kooperation, relativ intakte gemeinsame Infra- und Verkehrsstruktur u.a.m.), aber ebenso eine Gesamtberliner Identität auch nach 1948 weiterwirkten und zum anderen das Brandenburger Umland – hier vor allem die Gebiete im S-Bahn-Bereich (zum Teil identisch mit dem „Speckgürtel“) – mit der alten Hauptstadt aufs engste verflochten waren und mit dieser – auch in der Wahrnehmung – noch in vielem eine Einheit bildeten. Für die „Randberliner“ war Berlin nicht nur die traditionelle deutsche Hauptstadt, sondern ein doppeltes Spannungsfeld. Das mit der DDR in jeder Hinsicht verbundene Ost-Berlin, Sitz der Regierung und politischer Zentralverwaltungen, erlebten und akzeptierten sie im Laufe der Jahre tatsächlich als Metropole der DDR, in der die gleiche politische und gesellschaftliche Ordnung herrschte wie in der Republik – auch insofern sah man sich in die gleiche „Schicksalsgemeinschaft“ gestellt. Ost-Berlin übte eine gewisse Anziehungskraft auf die „Randberliner“ aus, die hier u. a. in beträchtlicher Anzahl arbeiteten, einer Ausbildung nachgingen, zentrale Behörden aufsuchten, Einkäufe machten sowie kulturelle Einrichtungen besuchten u.a.m. Häufig bot eine Fahrt nach Ost-Berlin den Anlaß (oder den Vorwand) für einen Besuch der Westsektoren. West-Berlin bildete für die Brandenburger ein – zweites – „magnetisches Feld“, das auch die Ostberliner anzog:

- Erstens bot der Westteil Hunderttausenden aus Ost-Berlin und den hauptstadtnahen Gebieten Brandenburgs – Ziele waren vor allem Kinos sowie

Sport- und kulturelle Massenveranstaltungen – Abwechslung und ein „Refugium“, das Gelegenheit gab, sich zumeist per S-Bahn zeitweilig vom Alltag der DDR zurückzuziehen.

- Zweitens arbeiteten Zehntausende „Grenzgänger“ aus der hauptstadtnahen „Provinz“ und aus dem Ostteil der Stadt in West-Berlin, was jahrelang keineswegs illegal und zum Teil auch über einen bestimmten Modus der Entlohnung und sozialversicherungstechnisch geregelt war. Überdies erhielt eine nicht unbeträchtliche Zahl an Ostberlinern und Brandenburgern aufgrund ihrer langjährigen betrieblichen Zugehörigkeit Renten aus dem Westteil der Stadt.
- Drittens besuchten Kinder und Jugendliche aus den Randgebieten, weil sie aus politischen und sozialpolitischen Gründen in der DDR daran gehindert waren, Hochschulen und Gymnasien in den Westsektoren, was zwar von der SED nicht erwünscht war, aber lange Zeit toleriert wurde.
- Viertens entwickelten sich die Westsektoren sowohl für „Schieber und Spekulanten“, die hier in der DDR billig erworbene Lebensmittel gegen „harte“ Westmark eintauschten, als auch für eine Zahl von „Randberlinern“ und Ostberlinern, die über den Mechanismus der „Wechselstube“ zu Käufern von westlichen Waren wurden, zu einem beträchtlichen (in östlicher Sicht illegalen) Markt. Hinzu trat das Phänomen, daß sich viele private, aber auch volkseigene Betriebe in Ostberlin und den Randgebieten in einem bislang unbekanntem Maße in West-Berlin verschiedene „Engpaß“-Materialien und Ersatzteile besorgten, um überhaupt produzieren zu können. Dieser Westberliner „Magnetismus“ war auch deshalb so massenwirksam, weil die Bevölkerungsdichte in den berlinnahen Gebieten Brandenburgs besonders groß war. So lebten über 50 Prozent der Einwohner des Bezirks Potsdam Mitte der fünfziger Jahre in Kreisen, die unmittelbar an West-Berlin grenzten und die von dieser für sie günstigen Lage – wie zahlreiche Quellen aussagen – ausgiebig Gebrauch machten.

Aber auch in umgekehrter Richtung zeigten sich beide Stadthälften und das Brandenburger Umland als relative Einheit, wenn Westberliner (bis 1952 massenhaft) Ausflüge in den Osten unternahmen, hier das preiswerte Kultur- und Dienstleistungswesen beanspruchten und bestimmte subventionierte Waren günstig einkauften. Zudem besaßen sie hier Grundstücke u.a.m. und gingen – in gewissem Umfang über das Jahr 1961 hinausgehend – einer beruflichen Tätigkeit im Osten, vor allem im medizinischen und künstlerischen Bereich sowie im Verkehrswesen nach.

Eine Vernetzung beider Teile der ehemaligen Reichshauptstadt und seines Umlandes ergab sich vor allem auch aus dem besonderen Konkurrenzverhältnis, in das alle Beteiligten nach 1948 gestellt waren. Die Systemkonkurrenz wurde durch die seit 1948 deutlich sichtbare Tendenz zur Entwicklung zweier Gesellschaften in der Stadt verstärkt. Sie führte mit dazu, daß West-Berlin zunehmend zum „Schaufenster“ des Westens wurde, das die Bewohner des „demokratischen

Sektors“ und seines Umlandes gleichermaßen „magnetisch“ anzog. Dem versuchte umgekehrt die DDR durch verschiedene Maßnahmen zur Aufwertung Ost-Berlins gegenzusteuern. Die Konkurrenz und die damit verbundene Schaufensterfunktion von Ost- und West-Berlin trugen offenbar mehr zur Wahrung der Einheit des Verflechtungsgebietes als zu dessen Teilung bei. Sie förderten auch die Herausbildung einer Lage, die trotz ihrer politischen Instabilität von vielen im Verflechtungsraum als politische „Normalität“ wahrgenommen wurde.

Zu dieser „Normalität des Kalten Krieges“ trugen Abmachungen zwischen den Alliierten und die Politik sowohl der Ost- als auch der Westberliner Stadtverwaltungen und indirekt auch der DDR-Administration in den berlinnahen Gebieten bei. Denn sie mußten sich trotz der politischen Vorgaben und Wünsche der Alliierten und der beiden deutschen Regierungen, die an politischer Distanz interessiert waren, in Alltagsfragen irgendwie miteinander arrangieren, um den innerstädtischen Austausch unter Einschluß der „Randgebiete“ gewährleisten zu können. Das berührt das schon aufgeworfene Problem der Motive der führenden politischen Kräfte in Ost und West, die nach 1949 u. a. die Wiederholung einer „Blockade“ nicht nur für möglich, sondern für wahrscheinlich hielten und die deshalb die Abhängigkeit von der jeweils anderen Seite, die erfahrungsgemäß als Druckpotential wirken konnte, zu minimieren suchten. Während der Senat von West-Berlin an der Aufrechterhaltung von Gemeinsamkeiten innerhalb des Raumes dennoch prinzipiell interessiert war, versuchten die SED und die Regierung der DDR, diese aus politischen, ideologischen und nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen schrittweise abzubauen.

Offenbar wurde das Tempo dieses Prozesses nicht nur von den Mitteln bestimmt, über die die UdSSR und die DDR jeweils verfügten und zur Beschleunigung von Abgrenzungsprozessen einsetzen konnten. Denn nach dem Ende der ersten Berlin-Krise (1948/49) setzte beispielsweise östlicherseits eine Phase relativ großer innerstädtischer Freizügigkeit ein, die – vor allem bedingt durch die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durch die Bundesrepublik und den Deutschlandvertrag (1952) – zwar gemindert, aber auch dann nicht vollkommen beseitigt wurde, als im gleichen Jahr für die Westberliner Bevölkerung umfangreiche Reisebeschränkungen in Kraft traten. Auch danach wirkten verschiedene Praktiken und Maßnahmen eher verbindend – wobei u. a. der 1951 begonnene Ausbau der Westberliner Infrastruktur (Wasser- und Gasversorgung) auch Ostberlin zugute kam.

So hatte der Prozeß politischer Abgrenzung nicht immer und nicht gleichzeitig einen weiteren Abbau allgemeiner Verflechtungsbeziehungen zur Folge. Und auch in der politischen Entwicklung gab es nach 1954 Phasen der Beruhigung, die bei vielen Berlinern und Brandenburgern die Hoffnung auf eine prinzipielle Wende zum Besseren immer wieder entstehen ließ und bestehende Beziehungsstrukturen festigte. Das zumindest zeitweilige Desinteresse der SED an einer forcierten Beendigung innerstädtischer Beziehungen resultierte bis über das Jahr

1955 hinausgehend offenbar auch aus gesamtdeutschen propagandistischen Zielen und dem politisch-moralischen Anspruch der Staatspartei auf das ganze Berlin als deutsche Hauptstadt. Rücksichten auf die allgemeine Stimmung der Bevölkerung und eine zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage notwendige Glaubwürdigkeit von „nationalen“ und Überlegenheitskonzepten der SED bremsen den Berliner Teilungsprozeß in Abstimmung mit der konkreten politischen Situation ab. Das trug dazu bei, daß das Ost-West-Konkurrenzverhältnis nicht nur durch die politische Teilung von Stadt und Umland bestimmt wurde, sondern eben auch von einer bis 1961 starken inneren Aufeinanderbezogenheit, durch ein System von gegenseitigen Abhängigkeiten, die in vielem asymmetrisch waren, aber Politik und Gesellschaft auf diesem Territorium sowohl positiv als auch negativ miteinander verbanden.

So erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß bis 1961 aufgrund der historisch gewachsenen Aufeinanderbezogenheit der Berlin-Brandenburger Territorien und ihrer aktuellen besonderen Beziehungen zueinander, Ansätze für eine politisch und sozial „gemischte“ besondere Gesellschaft existierten, die auf der Grundlage relativer Offenheit bzw. Systemdurchlässigkeit durch einen mehrdimensionalen Austausch innerhalb (und trotz) des Kalten Krieges zustande kamen. Offenbar wirkte die starke emotionale Bindung der Ostberliner und Brandenburger „Randberliner“ an den Westteil der Stadt auch nach dem Mauerbau – der diese komplizierte „Normalität“ zerstörte – noch lange nach und bildete z. B. ein retardierendes Moment bei der von der SED gewünschten Identifikation der Betroffenen mit Berlin als „Hauptstadt der DDR“ und sozialistischen Staatsbürgern.

Für die These, daß beide Teile Berlins und die hauptstadtnahen Teile Brandenburgs trotz der sich nach 1948 zur Haupttendenz entwickelnden Abgrenzung und Spaltung prinzipiell als einheitlicher Gegenstand der Analyse gesehen werden müssen, spricht auch die Politik der Vier Mächte. Denn deren Kontrollen, z. B. der Grenzen zwischen Berlin und Brandenburg, waren auch eine praktische Konsequenz aus der Erkenntnis, daß es sich um ein gewachsenes „natürliches“ Ganzes handelte, dessen Teilung weitgehend „künstlich“, d. h. administrativ bedingt war und die aus machtpolitischer Rason aufrechterhalten werden mußte.

Die Wahrnehmung und analytische Behandlung als ein prinzipiell zusammenhängendes Verflechtungsgebiet und einen einheitlichen Forschungsgegenstand schließen eine im einzelnen ungleichgewichtige Untersuchung Berlins und der hauptstadtnahen brandenburgischen Gebiete ein. Eine solche relative Disproportionalität entsteht durch die unterschiedlichen politischen Stellenwerte der Teile eines so gesehenen Ganzen, was sich auch in der Quellenlage niederschlägt.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Christian Engeli*, Landesplanung in Berlin-Brandenburg. Eine Untersuchung zur Geschichte des Landesplanungsverbandes Brandenburg-Mitte 1929–1936, (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 75), Stuttgart u. a. 1986.
- Felix Escher*, Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 47), Berlin 1985.
- Hans Herzfeld*, Berlin in der Weltpolitik 1945–1970, Berlin/New York 1973.
- Harold Hurwitz*, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1–4, Berlin 1983–1990.
- Michael Lemke*, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.
- Dieter Mahncke*, Berlin im geteilten Deutschland, München/Wien 1973.
- Diethelm Prowe*, Weltstadt in Krisen. Berlin 1949–1958, Berlin/New York 1973.
- Wolfgang Ribbe* (Hg.), Berlin-Forschungen, Berlin 1986 ff.
- Alois Riklin*, Das Berlinproblem. Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus, Köln 1964.
- Arthur Schlegelmilch*, Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945–1949, Berlin 1993.
- Werner Süß/Ralf Rytlewski* (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer Metropole, Bonn 1999.
- Udo Wetzlaugk*, Berlin und die deutsche Frage, Köln 1985.
- Ernst R. Zivier*, Der Rechtsstatus des Landes Berlin. Eine Untersuchung nach dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971, Berlin<sup>3</sup> 1977.